

Inhalt

Editorial:

Schwindelerregende Dynamik **1**

Bericht aus den Institutionen:

Worüber spricht Europas Öffentlichkeit?/
Vor der Abstimmung/ Vor der Entscheidung/
Vor der nächsten Runde/ Kritik am
Globalisierungsfonds/ Mehr Geld für Forschung/
Kommission will e-Beschaffung fördern/
EWSA warnt vor Fremdenfeindlichkeit/
Freizügigkeit: Verfahren gegen Deutschland/
Britten verhindern EU-Hauptquartier **2-8**

dbb in Europa:

Spitzengespräch zum sozialen Dialog/
Stöhr begrüßt Urteil des EGMR/ DSTG-Chef
fordert EU-Datenbank und mehr Personal
im Steuervollzug/ Liberalisierung
der Bodenverkehrsdienste -dbb Hessen für
Kurskorrektur/ Sichere Lebensmittel nur durch
Kontrolle/ Einsatz für die Jugend Europas **9-13**

Neues von der CESI:

Heesen zur EU-Schuldenkrise/ Lühmann ruft
zum Umdenken auf/ EDUC: Dziatkowiak
fordert mehr Einsatz für Bildung **14/15**

Bürger und Verbraucher:

Mehr Informationen für Bürger **16**

Ausblick:

Gefangen in Kafkas Schloss?
Deutschland und die Suche nach Europa
Termine **17-19**

Einblick:

Gespräch mit Mareike Kleine
Impressum **20-23**

Editorial

Schwindelerregende Dynamik

Die Krise scheint Europa in eine schwindelerregende Dynamik zu zwingen. Zuvor Undenkbares wird vorstellbar. Die Europäische Union – oder zumindest die Währungsunion - könnte zerfallen oder einen großen Schritt hin zu einer Politischen Union tun. Zögerlich stellen Deutschland und Frankreich, deren Zusammenarbeit zuletzt mehr schlecht als recht funktioniert hat, die Weichen für weitere Integrationsschritte. Die Frage, wie es mit Europa weitergehen soll, beschäftigt die europäische Öffentlichkeit. Die Mächtigen in den Regierungszentralen treibt sie Tag und Nacht um. Es steht viel auf dem Spiel.

Die *dbb europathemen aktuell* melden sich mit einer Ausgabe aus der Sommerpause zurück, die den Fokus auf die drängende Frage des Quo vadis Europa legt. Für die öffentlichen Dienste und ihre Beschäftigten ist es alles andere als gleichgültig, ob die nationalen Parlamente einen Teil ihrer Haushaltsrechte an eine europäische Wirtschaftsregierung abtreten oder ob die Budgethoheit das unantastbare Vorrecht der gewählten Versammlungen bleibt. Der dbb Bundesvorsitzende fordert angesichts der Euro-Schuldenkrise und der Debatten um Kompetenzverlagerungen eine effektivere Beteiligung der Parlamente, der nationalen wie des europäischen.

Das Europäische Parlament lässt zurzeit seine Muskeln spielen. Der Auftakt für die Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 bestimmt neben dem fortwährenden Krisenmanagement die Brüsseler Agenda. Das Parlament stellt erstmals Forderungen noch vor der Veröffentlichung eines Haushaltsvorschlags durch die EU-Kommission. Endlich auf Augenhöhe mit dem Rat will das Parlament die Integration weiter voranbringen. Und es weiß sich in diesem Ziel mit der Kommission durchaus einig, die allerdings vorsichtiger gegenüber den Mitgliedstaaten agieren muss. Denn die Mitgliedstaaten wollen Einsparungen am Haushalt vornehmen.

Dass die Dynamik der europäischen Entwicklung den Karlsruher Richtern schwindelig werden lässt, steht nicht zu erwarten. Von der Entscheidung, die sie am 7. September verkünden werden, dürfte kein Haltesignal für den europäischen Zug zu erwarten sein.

Die Redaktion wünscht viel Freude beim Lesen

Worüber spricht Europas Öffentlichkeit?

Ob es eine europäische Öffentlichkeit gibt oder geben kann, ist umstritten. Fakt ist, dass die Schuldenkrise zurzeit überall in Europa diskutiert wird. Die Perspektiven unterscheiden sich je nach Interessenlage, kultureller Prägung und historischer Erfahrung. Wer die Krise nicht einseitig deuten will, tut gut daran, einen Blick über den Tellerrand zu werfen, auch die Meinung seiner Nachbarn einzubeziehen. „euro|topics“ ist ein Online-Angebot der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb), das regelmäßig in deutscher Sprache aus den verschiedensten Printmedien der EU-Staaten zitiert. *dbb europathemen aktuell* präsentieren Stimmen und Stimmungen dieser Presse-schau zu den Entwicklungen der vergangenen Wochen, nicht zuletzt um auf dieses Informationsangebot der bpb aufmerksam zu machen.

„Eurokrise ist Test für Van Rompuy“, 18. Juli 2011, Elsevier – konservatives niederländisches Nachrichtenmagazin

„Van Rompuy ist ein einfacher Vorsitzender des Rats und kein Präsident oder Chef der Europäischen Union. Das war auch nie die Absicht. Der echte Boss sitzt schließlich in Berlin: Die Bundeskanzlerin des größten Mitgliedsstaats.“

„Tests ignorieren mögliche Staatspleite“, 18. Juli 2011, Les Echos – französische Wirtschaftszeitung zu den Bankenstresstests

„Sie liefern keine Antwort auf die dringendste Frage in Bezug auf das europäische Finanzsystem: die Auswirkung des Bankrotts eines Staats der Euro-Zone.“

„Deutsche Tabus brechen“, 21. Juli 2011, El País – linksliberale spanische Tageszeitung

„Aus dem Labyrinth, in das wir geraten sind, indem wir Deutschlands wachsender Aversion gegen die europäische Integration gefolgt sind, gibt es nur einen Ausweg: mehr europäische Integration. Auch wenn man dafür einige deutsche Tabus

brechen muss, die alles das verbieten, was aus der EU eine Union des Finanzausgleichs macht: Sei es die Rettung der zahlungsunfähigen Länder, die Ausgabe von Euro-Anleihen oder der Ankauf abgewerteter Schulden durch die Europäische Zentralbank.“

„Weg aus der Krise jetzt klar“, 22. Juli 2011, Hospodářské noviny – tschechische Wirtschaftszeitung zum EU-Sondergipfel

„Der Plan zur Rettung Griechenlands und weiterer Problemstaaten scheint langfristig lebensfähig, stimulierend und wirtschaftlich rational zu sein. Das ist besser, als man ursprünglich zu hoffen wagte. (...) Geradewegs genial ist der Gedanke eines Marshallplans für Griechenland, der seiner Wirtschaft helfen, Investitionen unterstützen und dem Land endlich ein anhaltendes Wachstum beschern könnte.“

„Frankreichs Schulden gefährden Euro-Rettung“, 28. Juli 2011, Financial Times Deutschland

„Verliert Frankreich sein Spitzenrating, hat Europa ein so massives Problem, dass sich viele die Zeiten zurückwünschen werden, in denen am Wochenende Griechenland gerettet werden musste. Die ganze Rettungsstrategie der EU wäre zerschossen.“



Krisenstimmen der europäischen Öffentlichkeit
© tuja66 - Fotolia.com



Europäischer Blätterwald
© Constantinos - Fotolia.com

„Endlich Euro-Anleihen einführen“, 29. Juli 2011, Gazeta Wyborcza – liberale polnische Tageszeitung, Interview mit dem Chefökonom des polnischen Finanzinstituts PBP, Ignacy Morawski

„Das Projekt für die Ausgabe von Euro-Anleihen wird derzeit zwar nur in den Zeitungen umrissen, doch besteht schon eine große Wahrscheinlichkeit, dass es von den Politikern ernsthaft in Betracht gezogen wird.“

„Bulgaren jubeln über Wirtschaftskrise“, 8. August 2011, *Trud – bulgarische Tageszeitung*

„Wir haben keine Angst vor einer neuen Krise, zumal wir noch mitten in der vorigen stecken. Davor waren wir wiederum in mehreren Krisen, die einander nahtlos ablösten und davor - im Sozialismus.“

„Euro-Anleihen demokratisch legitimieren“, 12. August 2011, *Le Monde – linksliberale französische Tageszeitung*

„Euro-Anleihen können sich als ein wirksames Instrument gegen Spekulationen erweisen. Die betroffenen Staaten müssen dann aber unter Kontrolle gestellt werden, um in Zukunft schlimme Überraschungen wie im Fall Griechenlands zu vermeiden.“

„Merkel und Sarkozy zu schnell für Euro-Länder“, 18. August 2011, *Tiroler Tageszeitung – liberalkonservative österreichische Tageszeitung*

„Die Marschrichtung der beiden größten Volkswirtschaften der EU ist klar: Die Währungsunion soll als Vorhut der gesamten EU die Integration der Mitgliedsstaaten vorantreiben. (...) Im Kampf gegen die Schuldenkrise darf sich Europa jetzt nicht überfordern und über sein eigenes hohes Tempo stolpern.“

„Merkel und Sarkozy machen echte Europapolitik“, 19. August 2011, *Trouw – christlich-soziale niederländische Tageszeitung*

„Eine gemeinsame Euro-Politik ist bitter nötig und wird früher oder später mit nationalstaatlichem Souveränitätsverlust einhergehen.“

„Mircea Vasilescu sieht die EU in einer Vertrauenskrise“, 23. August 2011, *Dilema Veche – linksliberale rumänische Wochenzeitung*

„In schlechten Zeiten flüchten sich die Menschen ja doch wieder in ihre nationalen Gemeinschaften und meinen, dass die europäische Integration ihnen keine Vorteile gebracht habe. Denn in ihrer Nation fühlen sie sich immerhin geschützt. Dort haben sie einige Anhaltspunkte, die ihnen beim moralischen Überleben mehr helfen, als die abstrakten Worte der Bürokraten aus Brüssel.“

„Wir müssen wieder Zuversicht geben“, 24. August, *Internationale Politik - außenpolitische Fachzeitschrift der DGAP, Interview mit Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl (Quelle: DGAP)*

„Dass die EU nach meiner Amtszeit als deutscher Bundeskanzler in wesentlichen Fragen – wie bei dem Stabilitätspakt und Griechenland – einmal ohne Not hinter das Erreichte zurückfallen sollte, statt weiter nach vorne zu gehen, noch dazu unter deutsch-französischer Füh-

rung, das – das muss ich zugeben – hat mein damaliges Vorstellungsvermögen überstiegen, und übersteigt es auch heute noch.“



Europa als Lebenswerk - Helmut Kohl im Jahr 2005 im Gespräch mit Kommissionspräsident José Manuel Barroso
© Europäische Kommission, 2011

„Dänemarks Wohlstand in Gefahr“, 25. August 2011, *Jyllands Posten – liberalkonservative dänische Tageszeitung*

„In Dänemark wie in den meisten anderen Industrieländern steht die wirtschaftliche Entwicklung still oder es herrscht Rezession. (...) Die traurige Feststellung lautet, dass das linke und das bürgerliche Orchester munter weiterspielen, obwohl Dänemarks Wohlstand einen Eisberg gerammt hat.“

„Schuldenbremse stärkt Spanien“, 25. August 2011, *Expansión – spanische Wirtschaftszeitung*

„Die aktuelle Situation, in der jede Emission von Anleihen wie eine Examensprüfung erwartet wird, ist nicht mehr lange auszuhalten.“

„US Notenbank meistert Krise besser als EZB“, 29. August 2011, *El País, linksliberale spanische Tageszeitung*

„Sie [die Federal Reserve] hat die wahren Risiken besser eingeschätzt [als die EZB], indem sie die Gefahr einer Inflation dem viel gefährlicheren Stillstand der Wirtschaft und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit untergeordnet hat.“

„Erst den Haushalt ausgleichen“, 30. August 2011, *Il Sole 24 Ore – italienische Wirtschaftszeitung*

„Zu viel über Euro-Bonds zu reden droht abzulenken bei der Suche nach einer Lösung der momentanen Notlage. Aus der hilft uns jedoch kein fremder Gott heraus. Es gibt keine Alternative mehr zu dem Weg in Richtung eines dauerhaften ausgeglichenen Haushalts.“

Vor der Abstimmung

Bis zum 29. September soll der Bundestag der Erweiterung des Euro-Rettungsschirms EFSF zugestimmt haben. Die Kanzlermehrheit scheint jedoch nicht sicher. Die Nervosität in Berlin ist dementsprechend groß. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble lässt angebliche Geheimpapiere dementieren. Bundestagspräsident Norbert Lammert mahnt, das Haushaltsrecht des Bundestags dürfe nicht in Frage gestellt werden. Wortmeldungen des Bundespräsidenten, des Alt-Kanzlers und Euro-Vaters Helmut Kohl sowie der Bundesarbeitsministerin sorgen für weitere Unruhe. Die Abstimmung gewinnt eine innenpolitische Dynamik, die zu überlagern droht, worum es für Europa und Deutschland insgesamt, über den Rettungsschirm hinaus, eigentlich geht.

Die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), umgangssprachlich „Rettungsschirm“, ist ein Instrument, mit dem die Finanzmärkte beruhigt werden sollen. Tatsächlich geht es weniger um die Stabilität des Euro, denn dieser ist in seinem Außenwert bemerkenswert stabil. Vielmehr geht es um die Stabilität des europäischen Finanzsektors, um die Sicherheit von Banken und Versicherungen. Denn letztlich bedroht die Spekulation, die auf Staatspleiten oder Umschuldungen wettet, solche Investoren, die viele Titel potentieller Bankrotteure in ihren Bilanzen haben. Die Politik will um jeden Preis verhindern, dass es hier zu Zusammenbrüchen kommt. Denn diese könnten private Sparpläne, Lebensversicherungen und private Renten gefährden. Vor allem würden Bankenzusammenbrüche zu gefürchteten Kettenreaktionen führen, wenn die Anleger die Bankschalter oder die Geldautomaten stürmen, um ihr Ersparnis in Sicherheit zu bringen.

Also soll der bisherige Rettungsschirm so erweitert werden, dass Refinanzierungsprobleme selbst größerer Euroländer aufgefangen werden könnten. Kritiker sprechen von einer Transferunion. Oft ist zu hören: Die reicheren Staaten bürgen für die ärmeren. Das stimmt so aber nicht. Denn im Grundsatz garantieren alle zahlungsfähigen Euroländer den Schirm, so etwa auch Estland, das zweifelsohne, absolut wie relativ, ärmer ist als Deutschland. Und nur im Ernstfall fließt Geld an die von Zahlungsunfähigkeit bedrohten Staaten, und dies unter harten Auflagen und auch nur als zu bedienender Kredit. Erst wenn es zum Staatsbankrott oder zum Schuldenschnitt, zum Verzicht der Gläubiger auf einen Teil ihrer Forderungen käme, wäre der Steuerzahler belastet. Parallel zur

Erweiterung des Rettungsschirms von Bürgschaften in Höhe von 440 Milliarden auf 780 Milliarden Euro – woran Deutschland mit 211 Milliarden beteiligt und worüber abzustimmen ist - wird an einer Verschärfung des Stabilitätspakts gearbeitet. Besonders das Europäische Parlament fordert diese in Form automatischer Sanktionen. Die Regierungen sollen nicht mehr im Rat darüber befinden können, ob und wie sie einander bestrafen.



Wer Europa aus der Krise führen will, braucht Mut ...
© tomas ondrejka - Fotolia.com

Die im Bundestag nicht zur Abstimmung stehende, in der Sache aber damit verbundene Forderung nach einer europäischen Wirtschaftsregierung und einem europäischen Finanzminister, die auch von Wirtschaftsnobelpreisträgern geteilt wird, hat freilich zwei Seiten.

Einerseits würden diese und ein deutlich verschärfter Stabilitätspakt die Märkte aller Voraussicht nach beruhigen und somit „unser Geld“ sichern. Gleichzeitig ginge aber mit einer solchen Brüsseler Kompetenzerweiterung zwangsläufig ein Machtverlust der nationalen Parlamente einher. Die europäische Staatskunst, auf die es nun ankomme, heißt es nicht nur in Brüsseler Kreisen, bestehe darin, diesen Teufelskreis aufzubrechen. Die Parlamente müssten mehr Einfluss auf europäische Politik gewinnen. Gleichzeitig brauchte die Währungsunion mehr Koordinierung, um den Euro dauerhaft zu einer Weltleit- oder zumindest Weltreservewährung zu machen. Denn ohne diese, so sehen es eigentlich alle maßgeblichen politischen Kräfte auch in Berlin, werden Deutschland und Europa in der Globalisierung nicht bestehen.

Eurobonds, gemeinsame europäische Staatsanleihen, die eine Transferunion besiegeln würden, sind nach wie vor sehr umstritten in Deutschland. Auch sie stehen im September nicht zur Entscheidung an. Dennoch: Die EFSF und vor allem der sie ablösende, für die Zeit ab 2013 geplante dauerhafte Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) weist in seiner Wirkung bereits Ähnlichkeiten mit Eurobonds auf. Denn der ESM soll künftig Staatsanleihen überschuldeter Euroländer kaufen können, um ihre Refinanzierungschancen zu verbessern, ganz so wie es die dafür von Bundespräsident Christian Wulff überraschend kritisierte Europäische Zentralbank bereits seit Monaten tut.



... und viel Kraft
© Wolfgang Adamek - Fotolia.com

Eurobonds würden das Zinsrisiko gleichmäßig auf alle Euroländer verteilen. Der Zinssatz für Geld, das die Euroländer am Kapitalmarkt aufnehmen, würde sich am Kreditausfallrisiko der gesamten Eurozone, in der alle füreinander einstehen, bemessen, nicht mehr an der Solidität einzelner Euro-Staaten. FDP und CSU lehnen dies kategorisch ab. Sie befürchten, dies nehme den Druck von Schuldnern, ihre Haushalte seriös zu führen. Die CDU ist hin- und hergerissen zwischen Ablehnung und der Ahnung, ohne Eurobonds könnte es nicht gehen. SPD und Grüne fordern Eurobonds; führen an, für diese Papiere werde hohe Nachfrage entstehen, der Euro auf Dauer gesichert, Deutschland politisch und wirtschaftlich von einer europäischen Rendite profitieren. Haken an der Sache bleibt, dass Deutschland, das bisher sehr niedrige Zinsen für seine Anleihen zahlt, für Gemeinschaftsanleihen höhere Zinsen zahlen müsste, was Eurobonds in der Bevölkerung eher unpopulär macht. Wie hoch die Rechnung für ein Scheitern des Euro wäre, das dann droht, wenn die Sicherungen reißen, steht auf einem anderen Blatt.

■

Vor der Entscheidung

Am 7. September ist es soweit. Wenn auch nicht die Zukunft Europas an diesem Tag entschieden wird, eine wichtige Richtungsweisung für die deutsche Europapolitik wird allemal erwartet. Das Bundesverfassungsgericht wird an diesem Tag sein Urteil zur Klage gegen den Euro-Rettungsschirm und die Griechenlandhilfe verkünden. Eine Gruppe von Klägern will verhindern, dass Deutschland sich an Rettungsaktionen für den Euro in der bisherigen Form beteiligt. Sie sehen die „No-Bailout-Klausel“ des Lissabon-Vertrags verletzt. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, stellte bereits vor der Verhandlung fest, dass das Urteil, egal wie es ausfalle, keine politische Entscheidung sei. Es gehe nicht darum, der Politik zu sagen, wie und ob der Euro geschützt werden müsse: „Wir wollen hier keine ökonomische Debatte. Es geht hier um reine Rechtsfragen.“

Geklagt hatten der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler und eine Professorengruppe um den emeritierten Nürnberger Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider. Im Einzelnen geht es um zwei Gesetze, die der Bundestag im Mai 2010 beschlossen hatte. Die Gesetze sollten durch Kreditgarantien für Griechenland und das Spannen des Euro-Rettungsschirms die wirtschaftliche Lage beruhigen und das akute Liquiditätsproblem in Griechenland lösen. Dies verstößt aus Sicht der Kläger gegen geltendes Recht und widerspreche der Budgethoheit des Bundestags, die durch langfristige Garantien unterlaufen werde.



Grünes Licht für den Schirm?
© Fineas - Fotolia.com

Für Unruhe sorgte ein Antrag der Kläger, die dem Europa - Berichtstatter des Bundesverfassungsgerichts, Udo di Fabio, Befangenheit vorwerfen. Er habe in der Vergangenheit durch wiederholte Äußerungen deutlich Stellung zur Rechtssache bezogen. Deshalb könne di Fabio nicht mehr als unvoreingenommen betrachtet werden. Unabhängig von der Entscheidung zu diesem Antrag sieht das Bundesverfassungsgericht den Zeitplan für das

Bundesverfassungsgericht den Zeitplan für das

Urteil nicht in Gefahr. Die Entscheidung wird wohl weiterhin am 7. September fallen. Sollte das Bundesverfassungsgericht sich gegen die Hilfen aussprechen, käme es wohl angesichts der anstehenden Entscheidungen des Bundestags über den Euro-Rettungsmechanismus zu einem politischen Paukenschlag nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa.

Vor der nächsten Runde

Der mehrjährige europäische **Finanzrahmen** regelt die Finanzplanung der EU für einen Zeitraum von sieben Jahren. Am 29. Juni legte die Kommission ihren Entwurf für 2014 bis 2020 vor, der nur einen moderaten Zuwachs der Ausgaben vorsieht. Gleichzeitig schlug Kommissionspräsident José Manuel Barroso die Einführung von EU-Eigenmitteln in Form einer Finanztransaktions- und einer europäischen Mehrwertsteuer vor. Drei Wochen zuvor hatte das Europäische Parlament in einem Initiativbericht eine Anhebung des Haushaltsvolumens um fünf Prozent gefordert. Nur so seien die gestiegenen Aufgaben der Union zu bewältigen und die Ziele der Wachstums- und Beschäftigungsstrategie „Europa 2020“ zu erreichen. Die Regierungen lehnen dies ebenso wie den Kommissionsvorschlag ab. Sie bestehen auf Einsparungen, wie sie auch in den nationalen Haushalten vorgenommen werden müssen.

Der Kommissionsentwurf sieht für 2014 bis 2020 ein jährliches Ausgabenvolumen von 1.156 Milliarden Euro vor, wovon mit je rund 37 Prozent die größten Anteile auf den Agrarmarkt und die Strukturpolitik entfallen. Mit weitem Abstand folgt auf dem dritten Platz der Titel Wettbewerbsfähigkeit. Hier sind 130 Milliarden Euro beziehungsweise 11,2 Prozent des EU-Haushalts für die Förderung von Forschung und Technologie vorgesehen. Nach der Sommerpause beginnen die Verhandlungen. Das Verfahren dürfte sich bis 2013 hinziehen, da viele sehr unterschiedliche, zum Teil diametral entgegengesetzte Interessen zu vereinbaren sind. Zunächst werden die Regierungen auf der Grundlage des Kommissionsentwurfs und der Parlamentsforderungen untereinander beraten.

Die Bundesregierung, federführend ist das Auswärtige Amt, hat ein „besonderes Interesse an der Begrenzung der Ausgaben“. Die Deutschen stellen vor allem Nebenhaushalte in Frage, wollen diese in den EU-Haushalt eingestellt sehen, betonen Deutschlands Rolle als größter Nettozahler mit

einem Anteil von 20 Prozent des EU-Haushalts. Die Eigenmittel-Initiative Barrosos lehnt Berlin rundweg ab.

Das Parlament ist zum ersten Mal auf Augenhöhe mit dem Rat beteiligt. Die beiden Gesetzgebungsorgane der EU bilden gemeinsam die Haushaltsbehörde. Das Parlament ist sich durchaus bewusst, dass es schwierig werden wird, einen Ausgabenzuwachs von fünf Prozent durchzusetzen. Es fordert aber von den Mitgliedstaaten konkrete Vorschläge für Einsparungen. Diese sind dann nämlich notwendigerweise mit Einschnitten und Verzichtleistungen einzelner Ratsmitglieder in bestimmten Politikbereichen verbunden.



Der Verfasser des Initiativberichts, der konservative Europaabgeordnete Salvador Garriga Polledo, im Gespräch mit EU-Haushaltskommissar Janusz Lewandowski
© Europäische Kommission, 2011

Der Berichterstatter für den Initiativbericht des Parlaments, der spanische EVP-Politiker Salvador Garriga Polledo erklärte dazu: „Wir müssen dieser Unsitte ein Ende setzen, politische Verpflichtungen einzugehen, ohne über die notwendigen Mittel zur Umsetzung zu verfügen.“ Vor der nächsten Verhandlungsrunde liegt der Ball nun im Feld der Mitgliedstaaten.

Kritik am Globalisierungsfonds

Berlin hat Zweifel an Sinn und Zweck einer Fortführung von Regelungen, die die Nutzung des Globalisierungsfonds vereinfachen sollen. Aus dem Fonds sollen Wiedereingliederungsgelder für von Massenentlassungen betroffene europäische Arbeitnehmer geleistet werden. Die EU - Kommission hat jüngst damit geworben, die Unterstützung für entlassene Arbeitskräfte sei auf das Dreifache gestiegen. Das mitentscheidende EU-

Parlament befürwortet den Fonds in seiner großen Mehrheit als wichtiges beschäftigungs- und sozialpolitisches Instrument.

Der 2006 außerhalb des EU-Haushalts eingerichtete Globalisierungsfonds soll nach dem Willen der EU-Kommission weiterhin nach vereinfachten Regeln funktionieren. Da die eingestellten Mittel in Höhe von bis zu 500 Millionen Euro jährlich trotz eines starken Anstiegs der Anträge nach wie vor nicht ausgeschöpft werden, plant Brüssel, die 2009 im Zuge der Finanzkrise gelockerten Antragsregeln beizubehalten. Das Gleiche gilt für die Förderquote, die von 50 auf 65 Prozent erhöht wurde. Die verbleibenden 35 Prozent sind aus nationalen Quellen zu finanzieren. Aus Berliner Regierungskreisen verlautete im Juli, die Bundesregierung betrachte die für die Verlängerung der Ausnahmeregelungen von der Kommission vorgebrachten Argumente als „nicht überzeugend“. Es bestünden Zweifel an der Verhältnismäßigkeit der Regelung.



Unter die Räder gekommen?
© Sabine Bochmann - Fotolia.com

Bereits zu seiner Einführung hatte es in der EVP-Fraktion unterschiedliche Ansichten über die Sinnhaftigkeit des Fonds gegeben, der in Deutschland von der Bundesagentur für Arbeit technisch umgesetzt wird. Die europäischen CDU und CSU - Abgeordneten hatten sich aus ordnungspolitischen Gründen ebenso wie die Liberalen dagegen ausgesprochen. Für die nächste Finanzperiode ab 2014 steht eine Revision des Instruments an. Die Bundesregierung hat zudem im Blick, dass Deutschland entsprechend seines Anteils am EU-Haushalt 20 Prozent der Mittel stellt. Ohnehin

scheint die Bundesregierung zu stören, dass der Fonds in einem Nebenhaushalt geführt wird, also zusätzlich zum EU-Haushalt. Immerhin haben aber auch deutsche Beschäftigte wiederholt von Fördermaßnahmen des Fonds profitiert, so im Jahr 2008 2.500 BENQ-Mitarbeiter, 2009 1.300 Bochumer Nokia-Mitarbeiter und 1.800 Beschäftigte des Automobilzulieferers Karmann sowie im Jahr 2010 rund 1.200 Mitarbeiter der Heidelberger Druckmaschinen AG.

Mehr Geld für Forschung

Die EU will mehr für die Forschung tun. Im Rahmen der sogenannten Innovationsunion, die eine wichtige Leitinitiative der Europa 2020 Strategie ist, sollen in den nächsten 15 Jahren 450.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Dafür will die EU sieben Milliarden Euro Forschungsmittel zur Verfügung stellen.

Die EU-Kommission erhofft sich eine Steigerung des europäischen Bruttoinlandsprodukts um etwa 80 Milliarden Euro. Neben Hochschulen, Forschungsorganisationen und der Industrie stehen vor allem kleine und mittlere Unternehmen auf der Liste der Empfänger für Fördermittel. Das Geld soll eingesetzt werden, um drängende Herausforderungen wie Energiesicherheit, Klimawandel und den demographischen Wandel anzugehen. Deshalb sollen die entsprechenden Mittel im neuen mehrjährigen Finanzrahmen, also dem europäischen Haushalt, von 2014 bis 2020 um 46 Prozent erhöht werden. Der neue Haushaltsplan wird derzeit in den Europäischen Institutionen verhandelt, eine endgültige Einigung wird frühestens für Ende 2012 erwartet.

Digitale Agenda: EU-Kommission will e-Beschaffung fördern

Die Europäische Kommission setzt sich dafür ein, das öffentliche Auftragswesen zu rationalisieren und zu beschleunigen. Um dies zu erreichen, soll europaweit die so genannte „e-Beschaffung“ ausgeweitet werden. Das heißt, zukünftig soll das öffentliche Beschaffungswesen verstärkt über digitale Portale abgewickelt werden. Neben praktischen Erwägungen könnten so erhebliche Kosten eingespart werden, heißt es in Brüssel. Die Kommission hatte diese Initiative bereits im April 2011 in ihrer Binnenmarktakte angekündigt. Die nächsten Schritte sind ein Aufruf zur

Interessenbekundung für die Teilnahme an einer neuen, informellen EU-Sachverständigengruppe zur e-Ausschreibung. Darüber hinaus will Brüssel die e-Beschaffung in den einzelnen Mitgliedstaaten intensiv beobachten und auswerten, um vorbildliche Verfahren zu fördern.

EWSA warnt vor Fremdenfeindlichkeit

Die EU-Institutionen sollen sich aktiver gegen Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung einsetzen. Das fordert der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) in einer aktuellen Stellungnahme. „Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus nehmen in ganz Europa zu, auch in der Politik einiger Regierungen“, heißt es in einer Pressemitteilung des EWSA vom 15. Juli. Mit großer Sorge sieht der Ausschuss „die Bestrebungen der letzten Monate, die Freizügigkeit im Schengen-Raum zu begrenzen“. Der Berichtsersteller Pariza Castaños forderte die Kommission auf, die Finanzmittel für Maßnahmen lokaler und regionaler Gebietskörperschaften und kleinerer Migrantenverbände gegen Fremdenfeindlichkeit aufzustocken.

Freizügigkeit: Verfahren gegen Deutschland

Wie nun bekanntgegeben, hatte die [Europäische Kommission](#) bereits im Juni ein Verfahren gegen Deutschland und neun andere Mitgliedstaaten eingeleitet, da bestimmte Regelungen der Freizügigkeit nicht eingehalten würden. Die Vorwürfe gegen Deutschland wiegen schwer. Die Kommission kritisiert, dass Deutschland den Nachzug von Verwandten aus Nicht-EU-Ländern nur in Härtefällen gestatte. Ein EU-Bürger habe aber ein Anrecht darauf, dass seine Angehörigen zu ihm ziehen können. Außerdem behandle das deutsche Recht homosexuelle Lebenspartner anders als heterosexuelle Partner, da diese einen Sprachnachweis erbringen müssten, der von Ehepartnern nicht eingefordert werde. Die Bundesregierung hat angekündigt, die deutschen Regelungen entsprechend zu überprüfen und gegebenenfalls den europäischen Vorgaben anzupassen. Danach wird die Kommission über weitere Schritte oder eine Einstellung des Verfahrens beraten.

Briten verhindern EU-Hauptquartier

Der Weg zu einer effektiven gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik bleibt steinig. Am 18. Juli lehnte der britische Außenminister William Hague ein gemeinsames europäisches Hauptquartier ab. Den Vorschlag hatte die EU - Außenbeauftragte Catherine Ashton, wie Hague Britin, vorgelegt. Die polnische Ratspräsidentschaft will sich trotz des britischen Vetos weiter für die Einrichtung einer gemeinsamen Kommandozentrale europäischer Streitkräfte einsetzen. Warschau wird darin von Paris und Berlin unterstützt.

William Hague fürchtet vor allem eine Konkurrenz für die Nato. „Wir sind gegen diesen Vorschlag, weil wir denken, dass damit die Nato-Strukturen kopiert werden und die EU-Planungen dauerhaft von den Nato-Planungen abgelöst werden.“ Ein solches europäisches Hauptquartier werde deshalb jetzt und in Zukunft entschieden von der britischen Regierung abgelehnt.



*Ein freundliches, aber unverbindliches Lächeln –
Britanniens Außenminister William Hague erliegt nicht
dem Charme seines französischen Amtskollegen*
© Consilium, 2011

Frankreichs Außenminister Alain Juppé sagte hingegen am Rande des Rates der Außenminister in Brüssel: „Für uns ist die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik essentiell. Wir leben in einer gefährlichen und unvorhersehbaren Welt und kein einzelnes europäisches Land hat allein alle notwendigen Verteidigungskapazitäten.“ Der gemeinsam von Briten und Franzosen geführte Libyen-Einsatz habe gezeigt, wie notwendig ein solcher Schritt sei.

Spitzengespräch zum sozialen Dialog

Frank Stöhr, 1. Vorsitzender der dbb tarifunion, hat am 12. Juli 2011 in Berlin im Gespräch mit Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich für die Sicherung einer leistungs- und wettbewerbsfähigen Bundesverwaltung geworben. Angesichts der demographischen Entwicklung werde die Konkurrenz mit der Privatwirtschaft um qualifiziertes Personal zunehmen. „Bereits heute zeichnen sich aufgrund des Stellenabbaus der vergangenen Jahre personelle Engpässe in der Bundesverwaltung ab“, sagte Stöhr. Ein weiteres wichtiges Thema war der europäische soziale Dialog der Zentralverwaltung.

Neben der Situation der Bundesverwaltung standen auch europäische Themen auf der Tagesordnung. Dabei lag der Fokus auf dem „Sektoralen sozialen Dialog“ für den Bereich der Zentralverwaltungen, bei dem sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes auf Europa-Ebene über Fragen zu den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten austauschen. Frank Stöhr betonte: „Für die Zentralverwaltungen haben beispielsweise Themen wie Mobilität, Führung und Management sowie Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes überall in Europa entscheidende Bedeutung.“ Es sei wichtig, dass die deutschen Vertreter dazu in den entsprechenden europäischen Gremien eine aktive Rolle einnehmen. „Darum ist es gut, dass wir mit dem Innenminister permanent im Dialog sind – und wir haben verabredet, dass das auch weiterhin so sein wird.“



Wollen auch auf europäischer Ebene gut zusammenarbeiten, der 1. Vorsitzenminister der dbb tarifunion Frank Stöhr und Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich
© Bundesministerium des Innern, 2011

Stöhr begrüßt Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte

Der 1. Vorsitzende der dbb tarifunion, Frank Stöhr, hat ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte begrüßt, das die Meinungsfreiheit der Beschäftigten stärkt. Das Gericht hatte am 21. Juli entschieden, dass eine öffentlich geäußerte Kritik am Arbeitgeber nicht grundsätzlich eine Kündigung rechtfertigt. Stöhr dazu: „Die Zeiten, in denen Beschäftigte alle Bedingungen am Arbeitsplatz klaglos hinnehmen mussten, sind zum Glück vorbei.“

Gleichzeitig warnte Stöhr aber davor, das Urteil als Freibrief zu deuten: „Dies ist nur eine Entscheidung in einem sehr konkreten Fall. Grundsätzlich sollten die Beschäftigten versuchen, Probleme erst intern zu lösen, bevor sie sich öffentlich äußern. Die Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaftsvertreter sind im Normalfall die richtigen ersten Ansprechpartner für alle Fragen und Probleme.“

DSTG-Chef Eigenthaler fordert in Brüssel EU-Datenbank und mehr Personal im Steuervollzug

Schätzungsweise 100 Milliarden Euro gehen den Finanzämtern der EU-Staaten Jahr für Jahr bei der Mehrwert- beziehungsweise Umsatzsteuer unter anderem durch so genannte Karussellgeschäfte verloren. Thomas Eigenthaler kennt das Problem nur zu gut. Vor seiner Wahl in das Amt des Bundesvorsitzenden der Deutschen Steuer - Gewerkschaft (DSTG) am 8. Juni 2011 hat der 53jährige als Chef eines Finanzamts die Problematik hautnah erlebt. Am 14. Juli sprachen Eigenthaler und DSTG- Bundesgeschäftsführer Rafael Zender in Brüssel mit den christdemokratischen Europa- Abgeordneten Ingeborg Gräßle und Axel Voss über Wege zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs. Eigenthaler fordert eine EU-weite Datenbank und mehr Vollzugspersonal in Deutschland. Mit Generaldirektor Walter Deffaa, dem höchsten Beamten der Generaldirektion Steuern und Zollunion (TAXUD) der EU-Kommission, tauschte Eigenthaler sich über das Grünbuch Mehrwertsteuer und andere aktuelle europäische Fragen der Steuerpolitik aus.

„Bei der Umsatzsteuer gibt es ein Vollzugsproblem“, sagte Thomas Eigenthaler im Gespräch mit den EU-Abgeordneten Ingeborg Gräßle und Axel Voss. Die Umsatz- oder Mehrwertsteuer sei in der Finanzverwaltung über Jahrzehnte wie ein Stief-

kind behandelt worden. Es gebe in der Finanzverwaltung ein Personalproblem. „Wenn man Betriebe vor Ort prüfen will, Scheingründungen aufdecken will, braucht man entsprechend Personal“, so Eigenthaler. Der Anreiz für die Bundesländer, hier zusätzliche Ressourcen einzusetzen, sei nicht besonders hoch, obwohl die finanzielle Bedeutung des Mehrwertsteuerbetrugs groß sei. Eigenthaler: „Das mag paradox erscheinen, ist aber logisch, wenn man sich den Länderfinanzausgleich ansieht; wir haben da eine Passivspirale“. Von Mehreinnahmen, die aus aufgedeckten Betrugsfällen resultierten, bleibe so gut wie nichts bei den Nettozahler-Ländern, während die Nettoempfänger sich ohnehin nicht anstrengen müssten, da sie ja fest mit ihren Zuwendungen aus dem Finanzausgleich rechnen könnten. „Wer hier etwas verändern will, muss diese leistungshemmende Passivspirale durchbrechen“, betonte Eigenthaler. „Wer in Personal investiert, muss belohnt werden“, lautet seine Forderung.



v.l.n.r. DSTG-Chef Thomas Eigenthaler, EU-Generaldirektor Walter Deffaa, DSTG-Bundesgeschäftsführer Rafael Zender und Manfred Bergmann (EU-Kommission)
© dbb, 2011

Die EU-Abgeordneten Inge Gräßle und Axel Voss suchen nach Wegen, insbesondere die deutsche Politik für das Problem des Umsatzsteuerbetrugs zu sensibilisieren. „Es kann doch nicht sein, dass sich niemand ernsthaft darum kümmert“, beklagte Voss. Auf die EU gerechnet 100 Milliarden Steuerausfälle im Jahr seien nicht hinzunehmen. Gräßle forderte, der Datenaustausch zwischen den Steuerverwaltungen müsse beschleunigt und die Anwendung des Steuerstrafrechts verschärft werden. „Wir brauchen eine effektive, grenzüberschreitende Datenbank“, so Gräßle. Über die damit einhergehenden Fragen des Datenschutzes sei zu reden. Eigenthaler erklärte, er

teile die Forderung nach einer solchen Datenbank, die über die Qualität bestehender Systeme hinausgehe. Dies allein reiche jedoch nicht. „Es braucht neben der Datenbank auch mehr Vollzugspersonal für die Betriebsprüfungen“, argumentierte der DSTG - Bundesvorsitzende. Die beiden EU-Abgeordneten zeigten sich für eine Stärkung der Vollzugsverwaltung aufgeschlossen. DSTG - Bundesgeschäftsführer Rafael Zender machte auch auf die sicherheitspolitische Dimension des europaweiten Mehrwertsteuerbetrugs aufmerksam. Der Karussellbetrug sei eine Form der organisierten Kriminalität. Gelder, die hier generiert würden, flössen teilweise sogar in den internationalen Terrorismus.



Die EU-Abgeordneten Inge Gräßle und Axel Voss suchen nach Wegen, den Mehrwertsteuerbetrug in Europa einzudämmen
© Europäisches Parlament, 2011

Erstmals in seiner neuen Funktion als Bundesvorsitzender der DSTG besuchte Thomas Eigenthaler auch Walter Deffaa, den Generaldirektor von TAXUD. Deffaa betonte die gute Zusammenarbeit der EU-Kommission mit der DSTG als wichtigem Akteur vor Ort, deren europäische Haltung sehr beeindruckt. „Unser Interesse ist, engen Kontakt auch mit den Leuten zu haben, die für die Umsetzung dessen zuständig sind, was in Brüssel beschlossen wird“, so Deffaa. Für die europäischen Finanzverwaltungen komme es zudem sehr auf einen effizienten Informationsaustausch an. „Ohne gute Verwaltungszusammenarbeit kann man sich einen modernen Staat gar nicht mehr vorstellen“, betonte der Generaldirektor. Deffaa kündigte für das Jahresende ein neues Strategiepapier der Kommission zur Mehrwertsteuererhebung in Europa an. Weitere Gesprächsthemen waren die Zinsrichtlinie, die Energiebesteuerung und die Körperschaftsteuer. Der DSTG-Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler erklärte, er unterstütze das

Ziel eines einheitlichen Systems für die gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage.

Eigenthaler machte auch die Kommission auf die Passivspirale aufmerksam, die die Finanzverwaltung im deutschen Föderalismus bei der wirksamen Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetrugs beeinträchtigt. Der DSTG-Chef regte an, Brüssel solle auf diesem Sektor mehr Effizienz von Deutschland einfordern. Außerdem solle man europaweit darüber nachdenken, ob es nicht Anreize für die Steuerverwaltungen brauche, die die Mehrwertsteuer für andere EU-Staaten einbringe. Dies könne etwa in der Form geschehen, dass die jeweilige Gebietskörperschaft einen Teil der eingenommenen Steuer behalte. Mehr Effizienz sei aber nicht zu erzielen, wenn dafür das Personal in der Steuerverwaltung fehle. Deffaa und Eigenthaler waren sich einig, insgesamt müsse es in der europäischen Finanzverwaltung darum gehen, die große Mehrheit der steuerpflichtigen Bürger und Unternehmen soweit als möglich von Bürokratielasten zu verschonen und gleichzeitig die schwarzen Schafe aufzuspüren. Dies setze aber zügige Betriebsprüfungen voraus, erklärte Eigenthaler. „Und dazu brauchen wir entsprechend mehr Personal im Steuervollzug.“

Liberalisierung der Bodenverkehrsdienste - dbb Hessen fordert Kurskorrektur von Brüssel

„Die EU-Kommission ignoriert die sozialen Folgen ihres Tuns“, sagt die stellvertretende Vorsitzende des dbb Hessen, Ute Wiegand-Fleischhacker, über das geplante „Flughafenpaket“. Bald nach der Sommerpause will Brüssel mit diesem Maßnahmenbündel Gesetzesinitiativen starten, die unter anderem eine weitere Marktöffnung der Bodenverkehrs-, der Flughafenvorfeld- und Abfertigungsdienste, zur Folge hätten. Groß sind die Sorgen vor allem unter den Beschäftigten des größten deutschen Flughafens. Die Mitarbeiter der Bodenverkehrsdienste werden dort bisher nach dem Tarifvertrag Öffentlicher Dienst (TVÖD) bezahlt. Denn gemeinsam mit dem Land Hessen ist die Stadt Frankfurt am Main Eigner von 51 Prozent der Fraport AG. „Wir erwarten, dass das so bleibt“, sagt Wiegand-Fleischhacker. „Lohn- und Sozialdumping darf es hier nicht geben, zumal in diesem hochsensiblen, sicherheitsrelevanten Bereich.“

Mit einer Änderung der Richtlinie 96/67/EG des Rates vom 15. Oktober 1996 über den Zugang zum Markt der Bodenabfertigungsdienste auf den Flughäfen der Gemeinschaft will die Kommission mehr Raum für Wettbewerb schaffen. „Mehr Wettbewerb bedeutet hier ganz konkret Lohndrückerei“, kritisiert Ute Wiegand-Fleischhacker. Die Kosten für die Dienste seien im Wesentlichen Personalkosten. Wettbewerb ohne Tarifbindung führe hier zu niedrigeren Löhnen und unsicheren Arbeitsplätzen. „Dabei sind die Kolleginnen und Kollegen ja auch jetzt schon nicht überbezahlt“, sagt die dbb-Frau und fragt: „Können wir uns schlechte Arbeitsbedingungen an einem Ort leisten, wo es in Zeiten des internationalen Terrorismus massiv auf Sicherheit ankommt?“



Hessens dbb Vize-Chefin
Ute Wiegand-Fleischhacker
© dbb hessen, 2011

Zusammen mit der komba gewerkschaft will der dbb Hessen Druck auf die Politik ausüben, die Marktöffnung zu überdenken. „Bevor der europäische Gesetzgeber hier weitere Schritte ergreift, muss es Folgenabschätzungen geben“, fordert Wiegand-Fleischhacker. Dies betreffe sowohl die sozialen Folgen für die Beschäftigten als auch die sicherheitsrelevante Seite dieser Flughafendienstleistungen. „Es muss gewährleistet sein, dass hier qualifiziert gearbeitet wird, Sicherheitsstandards müssen hochgehalten werden“, so die Vize-Chefin des dbb Hessen. Die komba gewerkschaft wird nach Angaben eines Sprechers Gespräche mit EU-Abgeordneten führen, um Unterstützung im Parlament zu finden, das dem Flughafenpaket zustimmen muss.

Sichere Lebensmittel gibt es nicht ohne Kontrolle

„In Sachen Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit war der Juli ein Monat großer Worte; jetzt müssen Taten folgen“, sagt Bernd Niesen, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft im öffentlichen Dienst (BTB). Niesen begrüßt die am 28. Juli von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) vorgelegte Liste von zulässigen Angaben und die am 6. Juli vom EU-Parlament angenommene Kennzeichnungsverordnung für Lebensmittel. „Wir hätten uns allerdings noch mehr Transparenz für die Verbraucher gewünscht“, so Niesen. „Vor allem aber sehe ich Probleme in der Umsetzung auf nationaler Ebene“, warnt der BTB-Chef. Jetzt seien die für die Lebensmittelkontrolle zuständigen Bundesländer am Zuge.

Lebensmittelskandale, vergammelte oder kontaminierte Lebensmittel lösen regelmäßig Empörungswellen aus, weiß Niesen. „Dann wird auch kurz in den Medien über Lebensmittelkontrolle gesprochen.“ Ist die Gefahrenquelle gefunden oder versiegt, ebbt die öffentliche Aufregung schnell wieder ab. Bis zum nächsten Fall. „Wir müssen mehr für die Sicherheit von Lebensmitteln tun“, sagt Niesen. „Das geht aber nur, wenn wir bei den Behörden gut qualifiziertes Kontrollpersonal, wie Lebensmittelkontrolleure, Lebensmittelchemiker und Ingenieure in ausreichender Zahl verfügbar haben.“ Zwar könne man nicht jedes einzelne in den Handel gehende Lebensmittel kontrollieren. Das gegenwärtige Kontrollniveau bezeichnet Niesen aber als unzureichend. So fehle es in einzelnen Ländern völlig am Know-how für die Kontrolle von Erhitzungsanlagen. „Die Länder müssen mehr für diesen wichtigen technischen Dienst tun. Die Kommunen dürfen damit nicht allein gelassen werden; die Kontrolle von Lebensmittelbetrieben ist eine zentrale öffentliche Aufgabe“, sagt Niesen. „Die Länder sind jetzt am Zug, sie stehen hier in der Verantwortung.“

Die europaweit einheitliche Kennzeichnung für Lebensmittel, für die das Europäische Parlament den Weg im Juli freigemacht hat, begrüßt der BTB-Chef. So müssen Inhaltsstoffe und Herkunftsländer künftig genauer auf den Verpackungen angegeben werden. Leider seien die Bestimmungen aber alles andere als lückenlos. Die Verordnung, die im Herbst endgültig vom Rat verabschiedet werden dürfte, soll frühestens nach drei Jahren Gültigkeit erhalten. Bis dahin entscheiden die EU-Staaten selbst, ob Analogkäse und Klebefleisch als echter Käse und Schinken durchgehen

dürfen. So oder so brauche es aber effektivere Kontrollen und Sanktionen, um die neuen Regeln durchzusetzen. „Wenn keiner hinguckt, wird geschummelt“, so Niesen. Schwarze Schafe gebe es immer. Zumal der Preisdruck in der Lebensmittelbranche enorm sei. Umso mehr komme es auf die Kontrolle an. „Die Menschen wissen, wie wichtig diese öffentliche Aufgabe ist“, sagt Niesen. Die Politik müsse hier genauer hinschauen.



BTB-Chef Bernd Niesen
© dbb, 2011

Dass es die Regierungen im Rat waren, die der neuen Lebensmittelverordnung manchen Zahn wie etwa die Ampel auf Lebensmitteln gezogen haben, findet Niesen bedauerlich. Die Ampel, die den Gehalt an Fett, gesättigten Fettsäuren, Zucker und Salz anzeigen sollte, hätte einfach zu verstehende Informationen geliefert, um eine ausgewogene Ernährung zu erleichtern. „Ich hätte mir die Ampel auf den Lebensmittelverpackungen gewünscht“, sagt Niesen. Dennoch bewertet er die Verordnung als Fortschritt. Ebenso wie die Bewertungen der EFSA für das Werben mit angeblichen Gesundheitswirkungen von Lebensmitteln. Insbesondere gesundheitsbezogene Werbung für Lebensmittel führt die Verbraucher oft in die Irre. Es sei gut, wenn diese missbräuchlich verwendeten Aussagen abgestellt oder zumindest eingeschränkt würden. Beides zusammen, die künftige Verordnung und die EFSA-Liste, die noch in das europäische Recht überführt werden muss, führten trotz fortbestehender Regelungslücken zu einer deutlichen Verbesserung für die Verbraucher. „Wir sind auf dem richtigen Weg zu mehr Verbraucherschutz, dürfen uns auf dem Erreichten aber nicht ausruhen“, so Niesen.

**Haushaltspläne der EU-Kommission:
Mehr Einsatz für die Jugend Europas**

„Die Situation der jungen Menschen in Europa ist in den vergangenen Jahren schwieriger geworden. In einigen Ländern macht sich Hoffnungslosigkeit breit“, beklagt Sandra Hennig, dbb Bundesjugendvorsitzende, die Auswirkungen der Krise auf die junge Generation. „Gerade in solchen Zeiten ist es ein gutes Zeichen, dass die EU-Kommission die Mittel für den Bereich Jugend erhöhen will“, kommentierte Hennig am 16. August 2011 die aktuellen Haushaltspläne. Allerdings gehe die Kommission nicht weit genug. „Die Kommission setzt auf altbewährte Mittel. Für die Zukunft Europas ist aber mehr Innovation, mehr Mut gefragt, wir müssen neue Wege beschreiten!“

Mitte Juli hatte die EU-Kommission angekündigt, die Investitionen zur Förderung der Beschäftigung zu erhöhen. Mehr junge Menschen sollen Stipendien für Studienaufenthalte im Ausland erhalten. Von jetzt 400.000 soll die Zahl auf 800.000 pro Jahr gesteigert werden. Die Kommissarin für Bildung und Jugend Androulla Vassiliou bekräftigte die Absicht der Kommission, der jungen Generation bessere Startbedingungen zu ermöglichen. „Wir möchten, dass mehr Menschen die Möglichkeit nutzen, in anderen Ländern zu studieren, zu arbeiten oder Freiwilligendienste zu leisten, da solche Erfahrungen für die Entwicklung ihrer Kompetenzen und für ihre Beschäftigungsaussichten von unschätzbarem Wert sind.“ Insgesamt sollen die Investitionen um 73 Prozent steigen.



Kommissarin Androulla Vassiliou, hier mit dem deutschen Kulturstaatsminister Bernd Neumann
© Europäische Kommission, 2011

Sandra Hennig begrüßt die neue Initiative der Europäischen Kommission. „Europa rückt immer enger zusammen. Es ist wichtig, dass junge Menschen schon sehr früh Erfahrungen im Umgang mit anderen Europäern sammeln.“ Dennoch beklagt sie insgesamt ein zu geringes Interesse für die Proble-

me der Jugend in Europa. „Viele Jugendliche erleben die Perspektivlosigkeit schon während ihrer Schulzeit. Schon hier müssen aber klare Alternativen her. Das Problem darf nicht ignoriert werden“, so Hennig. Viel früher müsse gefördert und gefordert werden damit bei jungen Menschen gar nicht erst das Gefühl von Hoffnungslosigkeit aufkomme. Dieser Aspekt werde aber sowohl in der Politik der Europäischen Kommission als auch in den einzelnen Mitgliedstaaten noch viel zu wenig beachtet.

In einigen EU-Mitgliedsländern habe die schwierige Situation aber auch zu erfreulichen Reaktionen geführt, so Hennig. „Ich war beispielsweise beeindruckt von hunderttausenden jungen Spanierinnen und Spaniern, die für ihre Zukunft friedlich auf die Straße gegangen sind. Sie fordern lautstark, dass man sie anhört.“ Die spanischen Jugendlichen seien ein Vorbild für friedliche Protestkultur.



Will mehr Europa, Sandra Hennig, Bundesvorsitzende der dbb Jugend
© dbb, 2011

Sandra Hennig wünscht sich mehr Diskussionen über Europas Zukunft, in die auch Jugendliche und junge Erwachsene einbezogen werden sollen. „Die Jugend Europas steht vor neuen Herausforderungen, die sich der Generation vor ihr noch nicht gestellt haben. Wir haben unsere eigenen Antworten und müssen uns auch trauen, neue Wege zu gehen“. Dazu müsse der Jugend aber auch das richtige Werkzeug in die Hand gegeben werden. „In der Ausbildung muss viel mehr Wert auf europäische Inhalte gelegt werden, die Sprachkompetenz vor allem in Englisch muss noch stärker gefördert werden“, fordert Hennig. So könne das Verständnis für europäische Belange verbessert werden.

Heesen zur EU-Schuldenkrise

Peter Heesen, dbb Bundesvorsitzender und Präsident der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften CESI, zeigt sich überzeugt, dass die Euro-Schuldenkrise überwunden werden kann. Voraussetzung sei ein enges Zusammenstehen der Europäer. Es brauche jetzt Mut, aber auch Weitsicht. Heesen warnt vor übereilten Privatisierungen und Kürzungen in den öffentlichen Diensten der EU-Mitgliedstaaten. „Hier hat es bereits viele, zu viele Opfer gegeben. Gerade in wirtschaftlich schweren Zeiten sind funktionierende öffentliche Dienste überlebensnotwendig.“

Die wirtschaftlichen Erschütterungen seien bis tief in die europäischen Gesellschaften zu spüren. Die Menschen seien auf die eine oder andere Art direkt von der Krise betroffen, verweist der dbb-Chef auf die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Viele Staaten hätten trotz starker gesellschaftlicher Proteste erhebliche Kürzungen in den Sozialsystemen und im öffentlichen Dienst beschlossen. Besonders beunruhigend sei die schwierige Lage der Jugend in Europa. „Die wirtschaftliche Unsicherheit erreicht mittlerweile auch die Mittelschicht. Viele Menschen verlieren sicher geglaubte Perspektiven und das Vertrauen in die Politik“, beklagt Heesen die aktuelle Situation in vielen Ländern Europas.



Peter Heesen fordert mehr Parlamentsbeteiligung in Europa
© dbb, 2011

„Der Europäische Rat oder eine daraus hervorgehende, wie auch immer geartete Wirtschaftsregierung allein werden die Probleme auch nicht lösen können“, so der dbb-Chef. Heesen setzt in der Krise auf eine größere Rolle des Europäischen Parlaments und eine stärkere Zusammenarbeit Straßburgs mit den nationa-

len Parlamenten: „Die jetzt anstehenden politischen Entscheidungen sind von großem Gewicht. Sie bedürfen der demokratischen Legitimation.“ Die EU-Parlamentarier, die bei der überwiegenden Zahl der Gesetzgebungsverfahren beteiligt werden müssten, entwickelten ein neues Selbstvertrauen, das sich mehr und mehr in einem starken Willen zur Mitgestaltung und zur öffentlichen Einflussnahme widerspiegle. „Es freut mich, dass die Europaparlamentarier sich ihrer neuen Verantwortung stellen. Europa braucht Öffentlichkeit und ein Parlament, in dem offen und kontrovers diskutiert wird.“

Anders als in der Vergangenheit, als der Nationalstaat immer als letzte Instanz wahrgenommen wurde, erwarte heute eine große Mehrheit von der europäischen Politik, dass Lösungen vorgeschlagen und umgesetzt werden. Europa sei durch die Krise noch enger zusammengedrückt, auch wenn die schwierige Suche nach Lösungen den Eindruck des Auseinanderdriftens erzeuge. „Die kommenden Jahre werden zeigen, ob diese neue Wahrnehmung der Europäischen Union sich auch ins Positive wenden lässt und sich durch mehr Teilhabe am politischen Tagesgeschehen zu einer Normalität entwickelt“, so Heesen. Der weitere Verlauf der Krise werde dabei eine entscheidende Rolle spielen.

Lühmann ruft zum Umdenken auf

„Wir müssen schnell handeln, damit wir die Entwicklung zumindest verlangsamen können“, fordert Kirsten Lühmann mit Blick auf die neuen Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Laut dem Mikrozensus 2010 leben in Deutschland verglichen mit der Europäischen Union anteilig die wenigsten jungen Menschen unter 18 Jahren. „Wir müssen uns noch mehr um strukturelle Probleme kümmern: mehr Kinderbetreuung, mehr Familienfreundlichkeit“, so die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Vorsitzende des CESI Frauenrechtsausschusses FEMM. „Die falschen Entscheidungen der Vergangenheit holen uns nun mit voller Wucht ein“, klagt Lühmann.

„In Europa gibt es viele gute Modelle, an denen sich Deutschland orientieren sollte. Wir müssen das Rad nicht neu erfinden“, so die FEMM-Präsidentin. „Andere Länder wie Frankreich oder Schweden setzen schon seit langem auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und

Beruf. Das hat zu einem generellen Umdenken in der Gesellschaft geführt“, so Lühmann. Dennoch sei Europa als Ganzes von Überalterung bedroht und alle Regierungen müssten sich dieser Herausforderung entschlossener stellen. Den Bedürfnissen einer zunehmend alternden Bevölkerung müsse stärker Rechnung getragen werden, sowohl bei den Bedingungen am Arbeitsplatz als auch bei der gesellschaftlichen Teilhabe. Der demographische Wandel gehe zwar langsam voran, sei aber ab einem gewissen Punkt nicht mehr aufzuhalten. Allein in den letzten zehn Jahren ist laut Statistischem Bundesamt die Zahl Minderjähriger in Deutschland von gut 15 Millionen auf etwa 13 Millionen gesunken. In keinem anderen europäischen Land hat sich die Entwicklung derart dramatisch zugespitzt.



Kirsten Lühmann setzt auf ein Umdenken in der Gesellschaft
© Kirsten Lühmann MdB, 2011

„Solange Frauen weiterhin gezwungen sind, zwischen den Optionen ‚Karriere aber Rabenmutter‘ oder ‚Hausfrau und treusorgende Mutter‘ zu wählen, wird sich nichts ändern“, mahnt Lühmann an. Auch führe die weitverbreitete Teilzeitarbeit unter alleinerziehenden Müttern dazu, dass viele Kinder von Armut gefährdet seien. „Kinderbetreuung ist eine Aufgabe für Vater und Mutter. Dies haben noch zu wenige Männer begriffen!“ Deshalb sei es wichtig, dass die Politik einerseits für mehr Betreuungsmöglichkeiten Sorge, andererseits aber auch Anreize für Männer schaffe, sich mehr um die Erziehung der gemeinsamen Kinder zu bemühen. „Deutschland und Europa stehen vor großen Herausforderungen, ein Umdenken der ganzen Gesellschaft ist dringend notwendig“, so Lühmann.

Dziatkowiak fordert mehr Einsatz für Bildung

Jugendarbeitslosigkeit in Europa hat viele Ursachen. „Fest steht aber: ohne eine solide Bildung sind alle anderen Bemühungen vermutlich aussichtslos. Europas wichtigster Rohstoff ist Wissen“, so Damian Dziatkowiak, Mitglied im Bildungsausschuss EDUC der CESI und Lehrer an einer polnischen Oberschule in Bydgoszcz. Dziatkowiak ist stolz auf die Jugend seines Landes die zuversichtlich in die Zukunft blicke. „Polen erlebt einen unvergleichlichen Aufschwung. Das verdanken wir nicht zuletzt unserer Jugend, die ihre Zukunft selbst in die Hand nimmt.“

Das EDUC-Mitglied Dziatkowiak fordert verstärkte Anstrengungen der Mitgliedstaaten gegen Jugendarbeitslosigkeit, aber auch mehr Bemühungen der Europäischen Union. „Die Aktionen im Bereich Mobilität für junge Menschen und die Fördermaßnahmen zur Beschäftigungssteigerung müssen deutlich besser vernetzt werden“, fordert Dziatkowiak mit Blick auf die Strategie Europa 2020 und die bisherigen Pläne für den EU-Haushalt von 2014 bis 2020. „Europa bleibt weit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Wir nutzen unsere Potenziale nicht ausreichend“, so der Oberschullehrer. „Europa steht im globalen Wettbewerb mit neuen Märkten. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere europäische Tradition aus sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit nicht verloren geht. Dafür bedarf es guter Bildung und mehr europäischer Zusammenarbeit!“

Überall in Europa gehen junge Menschen auf die Straße um für eine bessere Zukunft zu protestieren. Die Jugendarbeitslosigkeit hat in einigen Staaten bedenkliche Höhen erreicht. „Die Regierungen in den EU-Mitgliedstaaten haben in der Vergangenheit zu wenig in Bildung investiert und teilweise ihren Aufschwung auf Sand gebaut“, so Dziatkowiak. Dies räche sich nun. „Nur eine gut ausgebildete Jugend unterstützt durch arbeitsfreundliche politische Strategien kann ihre Chance im eigenen Land, aber auch europaweit ergreifen und zur besseren Zukunft Europas effektiv beitragen. Europa steckt voller Möglichkeiten.“ Die jungen Menschen müssten in die Lage versetzt werden, die europäische Mobilität für sich zu nutzen. Auch die polnische [Ratspräsidentschaft](#), die im zweiten Halbjahr 2011 die Geschicke der EU leitet, will sich diesem Thema verstärkt annehmen und setzt vor allem auf eine stärkere Vernetzung der Jugend in Europa.

Mehr Informationen für Bürger

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) verpflichtet die Europäische Kommission zu mehr [Offenheit](#) gegenüber den europäischen Bürgern. Zukünftig dürfe die Bitte um Einsicht in ein Dokument nicht mehr mit der pauschalen Erklärung abgelehnt werden, die Veröffentlichung könne „den Entscheidungsprozess des Organs und den Schutz der Rechtsberatung ernstlich gefährden“. Wenn die Einsicht nicht gewährt wird, muss künftig eine ausführliche Erläuterung gegeben werden. Die Richter bestätigen damit ihre grundsätzliche Linie, dass die Europäischen Institutionen möglichst bürger-nah und transparent agieren sollen. Die Entscheidung hat auch noch einen umweltpolitischen Aspekt, da es im verhandelten Fall um die Offenlegung von Standorten von Mobilfunkbasisstationen ging. Diese Informationen seien nicht sicherheitsrelevant und müssten den Verbrauchern zugänglich gemacht werden.



Irgendwann endet der Urlaub, findet der EuGH
© Pankraz - Fotolia.com

Kein unbegrenzter Urlaubsanspruch?

Der EuGH hat in der Vergangenheit bereits das deutsche Urlaubsrecht zu einer Revision gezwungen, als er vor zwei Jahren entschied, dass der Urlaubsanspruch von Arbeitnehmern während krankheitsbedingter Abwesenheit faktisch unbegrenzt bestehen bleibt. Nach der Rückkehr zur Arbeit, auch nach mehrjähriger Abwesenheit, kann der Urlaub voll genommen werden oder muss ausbezahlt werden. In einem aktuellen Fall erscheint aber eine erneute Revision dieser Regelung möglich. In ihrem [Schlussantrag](#) spricht sich die zuständige Generalanwältin dafür aus, den Urlaubsanspruch

bloß für die ersten 18 Monate einer krankheitsbedingten Abwesenheit zu gewähren und danach auszusetzen. In einer Mehrheit der Fälle folgen die Richter den Anträgen der Generalanwälte.

Auskunft über Mitbewerber?

Hat ein abgelehnter Bewerber das Recht, Informationen vom Arbeitgeber über seine Mitbewerber im Bewerbungsverfahren zu erhalten? Darf also erfragt werden, ob und wer eingestellt wurde und aufgrund welcher Qualifikationen? Diese Frage wird derzeit vor dem EuGH geklärt. Einen möglichen Hinweis auf die Richtung der Rechtsprechung bietet aber ein anderes [Urteil](#), das eine entsprechende Auskunftspflicht für Universitäten verneint, die einen Studienbewerber bei einer begrenzten Anzahl von Studienplätzen abgelehnt haben. Auch hier müssen über die Mitbewerber keinerlei Informationen preisgegeben werden.

Sieg für den Urheberrechtsschutz

Betreiber von Internetverkaufsplattformen werden künftig stärker für Urheberrechtsverletzungen ihrer Nutzer in die Haftung genommen. Die Richter des [EuGH](#) urteilten, dass die Betreiber viel früher als bislang für ein Vergehen mitverantwortlich gemacht werden könnten. Dies sei zum Beispiel schon dann der Fall, wenn mit entsprechenden Anzeigen im Netz die eigene Seite beworben werde. Die Verantwortung setzt also in dem Moment ein, in dem der Betreiber theoretisch über die Urheberrechtsverletzung Bescheid wissen kann, also sobald von der eignen Seite auf die Daten zugegriffen wurde.

Konjakki ist kein Cognac

Auch bereits eingetragene Marken müssen wieder aus dem Markenregister gelöscht werden, wenn sie gegen Europarecht verstoßen. Einige Markennamen haben einen eindeutigen Bezug zu ihrer Herkunft. So steht [Cognac](#) unstrittig für einen auf bestimmte Weise hergestellten französischen Branntwein. Finnische Behörden hatten einer in Finnland hergestellten Spirituose unter dem Namen Konjakki, der finnischen Übersetzung von Cognac, aber die Markteinführung unter besagtem Namen gestattet. Dies musste nun rückgängig gemacht werden.

Gefangen in Kafkas Schloss? Deutschland und die Suche nach Europa

von *Ulrike Guérot*

Deutschland ist ins Gerede gekommen – zumindest die deutsche Europapolitik. Während Deutschland bisher zuverlässig als Motor der europäischen Integration fungierte, scheint es diese tragende Aufgabe nicht mehr wahrnehmen zu wollen. Deutschland wagt immer öfter den Alleingang – siehe Libyen - und wächst vor allem ökonomisch aus Europa heraus. Mit Blick auf Europa und besonders den Euro erscheint Deutschland zunehmend strategielos. Wie K. in Kafka's *Das Schloss* irrt Deutschland umher, versucht, sich dem Schloss zu nähern – und findet trotzdem nicht (oder nicht mehr) hinein! Auch in der deutschen Bevölkerung – und vor allem bei den Eliten – ist derzeit ein eigentümlicher Stimmungswandel mit Blick auf die europäische Integration spürbar. Dies wird im europäischen Ausland mit Sorge verfolgt. Welches Europa will Deutschland noch? Das Land der europäischen Mitte und das Land, das letztlich durch Europa befriedet wurde, braucht dringend eine neue Europastrategie.

*Requiem auf die Bundesrepublik –
Europa zwischen Bonn und Berlin*

Die alte und neue Bundesrepublik unterscheiden sich gravierend voneinander. Die Bonner Republik gründete auf rheinischem Kapitalismus und sozialer Marktwirtschaft. Sie war ein konsensbasiertes politisches System mit starken Gewerkschaften, relativ gleichmäßig verteiltem Einkommen, der Möglichkeit sozialen Aufstiegs, guten öffentlichen Schulen und einem öffentlichen Gesundheitssystem, welches allen offenstand.

Die Berliner Republik hingegen ist zugleich älter und ärmer und mit mehr sozialen Problemen und Spaltungen konfrontiert als zuvor. Sie hat Angst vor Immigration, liegt in Fragen der Gleichstellung und der Kinderbetreuung hinter vielen OECD-Ländern zurück und ihr Bildungssystem ist in hohem Maße defizitär. Die versprochenen „blühenden Landschaften“ im Osten sind nicht zu voller Blüte gelangt und selbst in den alten Bundesländern sind viele Regionen und Städte nahezu insolvent. Die deutsche Mittelschicht, die die europäische Integration politisch maßgeblich getragen hat, bricht weg. Auch hat sich über Berlin im Zuge der Wiedervereinigung ein neu empfundenes, nationales Bewusstsein gelegt, das Deutschland

zunehmend ‚autistisch‘ dafür macht, wie sein Verhalten auf die europäischen Nachbarstaaten wirkt. Was auf der einen Seite durch Lena und den Fußball in Deutschlandfahnen ausgelebt wird, findet seinen ökonomischen oder juristischen Widerhall in dem, was ausländische Beobachter als ‚deutschen Wirtschaftsnationalismus‘ oder ‚Verfassungsnationalismus‘ bezeichnen, zum Beispiel in der jüngeren Debatte um die Handelsbilanz-Ungleichgewichte innerhalb der EU oder das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Lissabonner Vertrag.



Ulrike Guérot ist promovierte Politikwissenschaftlerin und leitet das Berliner Büro des European Council on Foreign Relations (ECFR), einer renommierten europapolitischen Denkfabrik.

© ECFR, 2011

Ferner beeinflusst der Generationenwechsel die deutsche Haltung zu Europa. Die „Generation 1989“ – jene, deren politische Sozialisierung nach dem Fall der Mauer stattfand – hat eine vollkommen andere Einstellung zur EU als die der Bonner Republik. Von den 620 Mitgliedern des Bundestages waren lediglich 38 bereits vor 1989 im Parlament. Allein 192 Neulinge kamen durch die letzte Wahl 2009 hinzu. Manche jungen Parlamentarier im Bundestag geben unumwunden zu, dass sie nicht wissen „wohin es mit Europa gehen soll“. Die alten Parameter deutscher Außenpolitik, transatlantische Beziehungen und europäische Integration, sind jedenfalls im politischen Diskurs verschollen.

Schließlich hat sich Deutschlands Handelsdynamik vom europäischen Binnenmarkt weg hin zu den sogenannten BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) verlagert. Die deutschen Exporte nach China wuchsen beispielsweise in den 18 Monaten von Anfang 2009 bis Mitte 2010 um über 70 Prozent. Es ist vor allem diese Handelsdy-

namik, die das deutsche politische Interesse von Europa wegverlagert und zugleich die vermeintlichen Kosten für ebendieses Europa angesichts der augenblicklichen Euro-Krise so unverhältnismäßig hoch erscheinen lässt.



Deutschland mangelt es an einer strategischen Vision
© Butch - Fotolia.com

Als Konsequenz all dieser vielschichtigen Veränderungen seit der deutschen Vereinigung ist Europaskepsis in der Bundesrepublik politisch salonfähig geworden, wenn nicht sogar schick und frisst sich seither auch über eine – teilweise zurecht – über ‚Brüssel‘ frustrierte Ministerialbürokratie in die deutsche Europapolitik. Die Euro-Krise scheint der berühmte Tropfen gewesen zu sein, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat, nachdem die EU seit ihrer Erweiterung an Charme und Akzeptanz verloren hat. Aktuelle Umfragen zeigen, dass 63 Prozent der Deutschen wenig oder kein Vertrauen mehr in die EU haben. Für 53 Prozent der Deutschen ist Europa nicht mehr die Zukunft.

Deutschland mangelt es an Ambitionen und einer strategischen Vision für Europa. Es scheint zu denken, es könne gleichsam eine größere Version der Schweiz werden und aus „Handel ohne Politik“ eine außenpolitische Maxime machen. Konsequenterweise wird die deutsche Europapolitik von außen als provinziell und selbstbezogen wahrgenommen. In Deutschland selbst indes wird Europa zunehmend als Problem und nicht etwa als Lösung gesehen. Eine neue Generation deutscher Politiker und Beamter berechnet die ‚Kosten‘ Europas nur noch mit dem Rechenschieber. Diese Art der Berechnung ignoriert die deutsche Geschichte und den Wert Europas, der sich daraus ergibt: Die europäische Integration war immer zuvorderst ein *politisches* Projekt für das Land in

der Mitte Europas, das am meisten auf gute Beziehungen zu allen Nachbarstaaten angewiesen ist und davon profitiert.

Gerade darum hatte die Bundesrepublik nach 1949 eine quasi-symbiotische Beziehung zu Europa. Diese Symbiose beruhte auf der deutschen Nachkriegsgeschichte und dem Kalten Krieg. Sie war zugleich Voraussetzung für die „Normalität“ der europäischen Integration. Kein anderer großer EU-Staat war so pro-europäisch wie Deutschland. Mithin ist seit 1989 die „deutsche Normalität“ die größte Herausforderung für die europäische Integration – und die aktuellen deutschen Forderungen in der Euro-Debatte (Stabilitätspolitik, Schuldenbremse, Austerität) sind in ihrer ökonomischen Tragweite gleichsam ein Nachhall eben jener historischen Frage nach einem europäischen Deutschland oder einem deutschen Europa.

Die neue deutsche ‚Unionsmethode‘

Bisher zeichnete sich die deutsche Europapolitik aus durch enge Kooperation mit Frankreich, Unterstützung der kleineren EU-Mitgliedstaaten, Stärkung der EU-Kommission und des Parlaments sowie die Bereitschaft, für europäische Kompromisse zu zahlen. Im Grunde hat Deutschland bis 1989 Macht in Europa gekauft. Heute aber, 20 Jahre nach der Vereinigung, verhandelt das Land jeden dieser vier Pfeiler seiner Beziehungen zur EU neu. Erstens hat Deutschland mit der Gemeinschaftsmethode gebrochen, Frau Merkel die „Unionsmethode“ verkündet und damit die Kommission entmachtet. Zweitens hat sich die Machtbalance des einstigen deutsch-französischen Tandems eindeutig zugunsten Deutschlands verschoben. Jene Symmetrie eines ökonomisch starken Deutschlands mit einem politisch starken Frankreich ist vorbei; Frankreich hat politisch wie ökonomisch den Wettlauf mit Deutschland verloren. Heute sitzt Frankreich bestenfalls im deutschen Soziussitz, um sein Triple AAA zu verteidigen und das tut dem Tandem nicht gut.

Drittens ist Deutschland immer weniger um die kleinen Länder bemüht – auch eine Folge der Geringschätzung der Kommission, die immer die Interessen der kleineren Länder vertreten hat. Dies ist auch auf den relativen Machtzuwachs des Kanzleramts gegenüber dem Auswärtigen Amt in der Europapolitik zurückzuführen. Europa ist Kanzlersache geworden. Viertens ist Deutschland immer weniger gewillt, mehr für Europa zu zahlen als andere Mitgliedsländer und verteidigt seine nationalen Interessen.

Eurokrise als Auslöser

Spätestens seit den Verhandlungen über den europäischen Rettungsschirm ist offensichtlich, dass Berlin für die Übernahme eines überproportional großen Anteils bei der Eurorettung – wie im Falle Griechenlands und Irlands geschehen – auch ein größeres formales Mitspracherecht verlangt. Ökonomisch gesprochen „regiert“ Deutschland in Europa. Der akuteste Ausdruck dieser Zeitenwende findet sich in der aktuellen (komplexen) Diskussion über die Einführung von Eurobonds und damit einer Vergemeinschaftung der Staatsschulden, der Deutschland (zu Recht) noch nicht nachgeben kann und will (wenn überhaupt!), ohne de facto Zugriffsrecht auf die Ausgabenstruktur der Haushalte der Nachbarstaaten zu erhalten. Letzteres aber würde den derzeitigen demokratischen Legitimitätsrahmen der EU sprengen und wäre ohne Vertragsreform nicht machbar. Gleichzeitig weiß Deutschland, dass Drohungen, den Euro notfalls zu verlassen, ebenso leer sind, wie diejenigen, andere Länder herauszuschmeißen.



Eine neue Zeitrechnung in Europa?
© Butch - Fotolia.com

So tastet Deutschland sich langsam an die Wahrheit heran, dass die ‚no-bail-out‘-Klausel im Maastrichter Vertrag von Anfang an eine Lebenslüge war, dass eine Währungsunion ohne irgendeine Form der fiskalischen Einheit nicht funktionieren kann und dass dies in letzter Konsequenz das Prinzip der nationalen Haushaltssouveränität in Europa sprengen muss. Aus diesem deutschen *amor fati* mit Blick auf Europa müsste jetzt kluge Politik generiert werden, klar nach vorne gedacht: Eurobonds, Durchbruch des Prinzips der nationalen Haushaltssouveränität und eine entsprechende, neue demokratische Legitimation auf der eu-

ropäische Ebene. Doch stattdessen gibt es nur Zaudern!

Die Revision der Nachkriegsordnung

Mit der europäischen schwindet die transatlantische Bindung. Die deutsche Enthaltung bei der Libyen-Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrates ist der letzte Beweis dafür, dass die Bundesrepublik ihre bisher durch die Jalta-Ordnung definierte außenpolitische Rolle in regionalen und globalen Fragen derzeit neu austariert. Berlins Entscheidung, sich auf die Seite Brasiliens, Russlands, Indiens und Chinas zu stellen, wirft die Frage auf, ob Deutschland sich – wie die BRICs – auf eine „blockfreie Außenpolitik“ zubewegt oder mit ganzem Herzen und ganzer Kraft in die Entwicklung einer Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zu investieren bereit ist. Deutschland befindet sich in einem kompletten strategischen Vakuum und dies schadet nicht nur Europa. Deutschlands neue, unabhängige, „neomerkantilistische“ Außenpolitik spiegelt Veränderungen in der Definition seiner nationalen Interessen wider, hervorgerufen durch die wirtschaftlichen Veränderungen der letzten Dekade. Für Deutschland ist Europa noch immer sehr wichtig, aber die EU wird zunehmend als langsam, kompliziert und kostspielig angesehen. Einige zumindest denken, noch hinter vorgehaltener Hand, dass Deutschland „andere“ Optionen hat als Europa. Die Frage ist daher jetzt, ob sich Deutschland *mit* oder ohne Europa einen Platz auf der Weltbühne verschaffen will, und wenn ja, welchen.

Dieser Beitrag basiert in gekürzter und aktualisierter Fassung auf dem gemeinsam mit Mark Leonard verfassten englischsprachigen Policy Brief „The New German Question: How Europe can get the Germany it needs“, Weiterführende Literatur gibt es auf den Internetseiten des [ECFR](http://ecfr.eu)

Termine

- 07.09.2011** Ausschuss für die Angelegenheiten der EU (öffentlich), Deutscher Bundestag
- 08.09.2011** EU-Briefing zur polnischen Ratspräsidentschaft, Europäisches Haus Berlin, 8.30 Uhr
- 12.-15.09.2011** Plenum Europäisches Parlament, Straßburg
- 13.09.2011** EWSA im Fokus, Europäisches Haus Berlin, 11.00 Uhr
- 12.09.2011** 10. Weimarer Erfurter Europagespräch, „20 Jahre Weimarer Dreieck“, KAS/Polnisches Institut, Weimar

Gespräch mit Mareike Kleine, London School of Economics (LSE)



Alle Bilder © LSE, 2011

ropäischen Regierungen. Im Gespräch mit den dbb europathemen gibt Sie Einblick in ihre persönliche Sicht der aktuellen Europakrise.

Mareike Kleine ist eine junge deutsche Politikwissenschaftlerin, die sich auf den Weg einer akademischen Laufbahn in Großbritannien und den USA gemacht hat. Nach langen Forschungsaufenthalten in Princeton (USA) und Brüssel promovierte sie 2009 an der Freien Universität Berlin. Seitdem ist sie als Dozentin am Europäischen Institut der renommierten London School of Economics tätig. Zum Wintersemester geht sie für ein akademisches Jahr in die USA an die Harvard University, um dort weiter zu Fragen der europäischen Integration in einem globalen Zusammenhang zu forschen. In ihrer in englischer Sprache verfassten, mehrfach ausgezeichneten Promotion untersucht Kleine das Gewicht informeller Entscheidungsprozesse zwischen den eu-

Einblick

Europathemen: *Ob in Princeton oder London, die EU steht im Fokus Ihres Forscherinteresses. Was fasziniert Sie so an Europa?*

Kleine: Meine Faszination für Europa ist sowohl akademisch als auch persönlich begründet. Zwischenstaatliche Kooperation ist sehr schwierig herzustellen, langfristig aufrechtzuerhalten und dann auch noch fair und legitim auszugestalten. Im historischen und im internationalen Vergleich stellt die Europäische Union eine der tiefsten und bisher stabilsten demokratischen Formen zwischenstaatlicher Kooperation dar. Das ist aus wissenschaftlicher Sicht unglaublich faszinierend und spannend zu erforschen.

Mein persönliches Interesse ist vor allem familiär bedingt. Sogar in meiner Generation waren Familientreffen noch oft von Geschichten über den Zweiten Weltkrieg geprägt, Geschichten von Verwandten, die im Krieg gestorben sind oder Leuten, die Hab und Gut verloren haben. Ich bin daher in der Überzeugung aufgewachsen, dass Frieden ein ganz hohes und zerbrechliches Gut ist, das es zu bewahren gilt. Das europäische Einigungswerk hat Institutionen geschaffen, die es heutzutage erlauben, zwischenstaatliche Konflikte friedlich auszutragen. Außerdem hat die EU maßgeblich dazu beigetragen, dass die demokratische und wirtschaftliche Transformation der mittel- und osteuropäischen Länder nach dem Fall der Mauer unblutig verlaufen ist. Nicht zuletzt dank der Europäischen Union erleben wir zumindest in Westeuropa die längste ununterbrochene Friedenspe-

riode aller Zeiten. Diese Aspekte faszinieren mich ganz besonders an Europa.

Europathemen: *Sie sagen, die EU war bisher stabil. Wie empfinden Sie die Abgesänge auf die Währungsunion? Wie gefährlich ist die Euro - Schuldenkrise für das europäische Einigungswerk?*

Kleine: Sehr gefährlich. Die Schuldenkrise ist die absolut größte Krise in der Geschichte der Europäischen Union. Sie hat den Status quo untragbar gemacht und zwingt die EU und ihre Mitgliedstaaten zu tiefgreifenden Reformen auf der europäischen und vor allem nationalen Ebene. Die Frage ist, inwiefern die EU als Ganzes diesem Druck Stand halten kann.

Zwar halte ich Ängste, dass die Europäische Union als Ganzes an der Schuldenkrise zerbrechen wird, für stark übertrieben. Denn letztlich ist der Kern der Europäischen Integration der Binnenmarkt, nicht der Euro. Und diesen selbst ohne eine gemeinsame Währung aufrecht zu erhalten, wird weiterhin ausnahmslos im Interesse aller Mitgliedstaaten bleiben. Auch macht die Währungsunion für einige Staaten durchaus Sinn. Ich halte daher zurzeit ein Szenario für wahrscheinlich, in dem einer oder mehrere der Krisenstaaten wie Griechenland, Spanien oder Portugal aus der Eurozone austreten, um ihre Schuldenlast erträglicher zu machen. In den verbleibenden Staaten wird man dann vermutlich eine stärkere Koordination der Finanzpolitiken auch über die Eurozone hinaus anstreben.

Ein solches wahrscheinliches Szenario bricht allerdings mit bestehenden Normen und wird auch die langfristige Stabilität der EU aufs Spiel setzen. Es bricht zum Beispiel mit der Norm der formalen Gleichheit aller Mitgliedstaaten. Es besteht die Gefahr, dass Europa sich dann in die Richtung eines Europas der zwei Klassen entwickeln wird – mit einem reichen nordwesteuropäischen Kern und einer armen südlichen Peripherie. Das würde das innereuropäische Konfliktpotential stark erhöhen. Nicht auszuschließen ist dann auch, dass die bestehenden gesamteuropäischen Rechte, die die Basis des europäischen Einigungswerks darstellen wie beispielsweise die Freizügigkeit und die Nichtdiskriminierung, unter Druck geraten.

Auf dem Spiel steht aber noch mehr. Eine Koordination der Finanzpolitiken, wie immer die sich ausgestaltet, von einem stark verschärften Stabilitätspakt bis zu Finanztransfers zwischen den reicheren und den ärmeren Euro-Staaten; eine solche Koordination geht weit über die Grenzen dessen hinaus, was die Bürger in den einzelnen EU-Ländern zu unterstützen bereit sind. Das wird auch das innenpolitische Konfliktpotential erhöhen und birgt die Gefahr, die Legitimität der EU langfristig zu unterminieren.

Europathemen: *Stichwort Legitimität: Wie kann das Europäische Parlament sichtbarer werden?*

Kleine: Man muss sich zunächst die Frage stellen, warum das Parlament unsichtbar ist. Eigentlich ist das ja sehr seltsam. Denn das Europäische Parlament hat inzwischen ein starkes Mitspracherecht bei fast allen Entscheidungen, die auf EU-Ebene getroffen werden. Allerdings ist das Europäische Parlament nicht sichtbar, weil die Sachen, die hier entschieden werden, wie mein Kollege Andrew Moravcsik das ausgedrückt hat, ganz einfach unglaublich langweilig sind. Jedenfalls langweiliger als nationalstaatliche Politik. Das hat zwei Gründe. Zum einen werden Entscheidungen in Politikfeldern, die die Aufmerksamkeit des Bürgers auf sich ziehen, wie beispielsweise Bildung, Gesundheit und Soziales, weiterhin auf nationaler Ebene getroffen. Themen wie Verbraucherschutz oder gar die Wettbewerbspolitik, die das tägliche Geschäft der Europäischen Union ausmachen, locken niemanden hinter dem Ofen hervor.

Ein zweiter Grund, warum die Europäische Union langweilig ist, liegt auch darin, dass es in der EU sowohl beim Parlament als auch im Rat bei den Mitgliedstaaten einen starken Drang gibt, mit ihren Entscheidungen bei so wenig sozialen

Gruppen wie möglich anzuecken. Europäische Entscheidungen sind zumeist einigermaßen unkontrovers, zu unkontrovers jedenfalls, als dass sie es in die Tagesschau oder auf die erste Seite einer Tageszeitung brächten.

Es gibt Vorschläge, das Parlament dadurch sichtbarer zu machen, dass man das Konfliktpotential seiner Entscheidungen erhöht und damit ein größeres Medieninteresse erzeugt. Das halte ich aber für ziemlich unklug. Ich halte es für besser zu versuchen, europäischen Themen eher auf nationalstaatlicher Ebene und in den nationalen Parlamenten, wo es auch einen öffentlichen Resonanzboden gibt, mehr Raum zu geben.



Mareike Kleine: Kein Auseinanderbrechen der EU

Europathemen: *Sind nationalstaatliche Interessen heute weniger vereinbar mit europäischen als in der Vergangenheit?*

Kleine: Bei einigen derzeit von der Schuldenkrise heimgesuchten Ländern mag das vorübergehend der Fall sein. Generell muss man die Frage aber mit einem ganz klaren Nein beantworten. Kein Land kann es sich wirklich leisten, außerhalb des europäischen Binnenmarktes zu stehen. Dass Europa nach wie vor attraktiv ist, sieht man allein daran, dass immer noch Staaten die Mitgliedschaft in der Europäischen Union anstreben. Allerdings gilt auch: Je tiefer der Stand der Integration ist, desto schwieriger wird jeder weitere Integrationsschritt, da diese Schritte große soziale und institutionelle Anpassungen erfordern. Sie bergen daher ein großes Konfliktpotential.

Vor der Schuldenkrise schien es, als hätte die Integration eine gewisse Sättigung erreicht. Momentan sind wir aber in einer kritischen Situation, in der es so aussieht, als seien weitere Integrations Schritte nötig. Die sind allerdings politisch und auch rechtlich sehr schwer durchzusetzen.

Europathemen: *Wie gefährlich sind antieuropäische, populistische Parteien für das europäische Einigungswerk?*

Kleine: Es ist schwierig diese Frage zu beantworten, da die Gründe für Populismus sehr komplex und teilweise auch unklar sind. Die Politikwissenschaft hat da bisher wenig Fortschritt gemacht. Aber es scheinen zwei Faktoren entscheidend für die Attraktion rechts- oder linkspopulistischer Parteien. Der eine ist eine Desillusionierung mit etablierten Parteien. Diese kann daher rühren, dass der Spielraum nationalstaatlicher Politik abnimmt und die etablierten Parteien sich daher weniger voneinander unterscheiden.



Mareike Kleine lehrt am London School of Economics (LSE).
Das LSE ist eine britische Elite-Universität

Hinzu kommt, dass es eine subjektive Verschlechterung der eigenen Lage gibt, unabhängig davon, ob andere Politiken zu besseren Ergebnissen geführt hätten. Beide Faktoren, Desillusionierung und eine subjektive Verschlechterung, werden kurzfristig in den europäischen Ländern zunehmen. Wir müssen uns darauf einstellen, dass rechts- wie linkspopulistische, antieuropäische Parteien zumindest kurz- bis mittelfristig stark zunehmen werden. Das ist natürlich gefährlich, weil solche Parteien notwendige aber unpopuläre politische Entscheidungen blockieren, egal ob sie in der Regierung sind oder nicht, und damit die Lage für alle nur noch verschlechtern.

Langfristig bin ich aber zumindest für Westeuropa etwas optimistischer. Denn erstens sind populistische Parteien extrem instabil. Die brechen häufig in Richtungsstreitigkeiten auseinander und enttäuschen ihre Wähler, sobald sie selbst in die Verantwortung genommen werden. Zweitens reagie-

ren etablierte Parteien auf erhöhte Präsenz von populistischen Parteien. Sie besetzen deren Themen und versuchen, die Wähler an sich zu binden. Drittens zwingen populistische Parteien die etablierten auch dazu, Politiken besser zu erklären. Somit würde ich doch vermuten, dass viele dieser Parteien in Westeuropa Randphänomene bleiben. Pessimistischer bin ich allerdings für Länder in Mittel- und Osteuropa, wo es wenig etablierte Parteien gibt, die Parteien jung und instabil sind.

Europathemen: *Viele Menschen haben Angst vor der Globalisierung und assoziieren diese mit der EU. Sind Globalisierung und europäische Integration ein und dasselbe?*

Kleine: Ja. Europäische Integration und Globalisierung sind in der Tat teilweise identisch, aber nicht in der Art und Weise, wie das oft angenommen wird. Was heute wirtschaftliche Globalisierung genannt wird, ist zu einem sehr hohen Grad nichts anderes als die wirtschaftliche Integration Europas. Nirgendwo auf der Welt handeln Staaten mehr miteinander als in Europa. Niemand handelt mehr mit dem Rest der Welt als die EU als Ganze. Die EU ist für mehr als 40 Prozent des ganzen Welthandels verantwortlich. Niemand zieht so viele ausländische Direktinvestitionen an.

Was heute als wirtschaftliche Globalisierung bezeichnet wird, ist daher zu einem großen Teil durch die europäische Integration bedingt. Da die EU zudem in den meisten handelspolitischen Fragen auch noch mit einer Stimme spricht, ist die wirtschaftliche Globalisierung auch sehr stark nach europäischen Vorstellungen gestaltet. Viele andere Staaten und Regionen hängen sehr stark von Europa ab.

Was die Liberalisierung der Finanzmärkte angeht, so haben die Europäer allerdings zu sehr auf Deregulierung gesetzt. Das rächt sich jetzt nicht zuletzt in Form von spekulativen Attacken auf Staaten, die eigentlich doch zahlungsfähig sind.

Europathemen: *In welchen Politikbereichen sollte sich die EU stärker engagieren, um bei den Menschen mehr Akzeptanz zu finden?*

Kleine: Die meisten Bereiche, in denen die Bürger die EU gerne handeln sehen, das wissen wir aus Meinungsumfragen wie Eurobarometer, sind bereits integriert. Und die Bereiche, in denen die Bürger die EU nicht gerne handeln sehen, liegen auch noch in nationalstaatlicher Zuständigkeit. Somit ist das, was die EU heute macht, aus Sicht der Bürger eigentlich gut so. Aufgrund des bereits

hohen Integrationsgrades werden weitere Integrationschritte daher zu stärkeren sozioökonomischen Konflikten und daher eher weniger Akzeptanz führen. Das gilt insbesondere auch für die derzeit diskutierte finanzpolitische Integration.

Einige Bereiche, in denen die EU bereits Zuständigkeiten besitzt, müssen allerdings unbedingt besser koordiniert werden und eine bessere Leistung zeigen. Ich denke da beispielsweise an Außen- und Sicherheits- und Entwicklungspolitik, aber auch an die Zusammenarbeit in Visa- und Asylangelegenheiten. In diesen Fragen sind die derzeitigen Politiken ziemlich desaströs.

Europathemen: *Wie europäisch sind die nationalen Verwaltungen?*

Kleine: Das hängt ganz von dem jeweiligen Politikfeld ab. Ebenso von der bestehenden nationalen Verwaltungskultur. In Bildungsangelegenheiten beispielsweise, wo die EU sehr wenige Kompetenzen hat, sind nationale und regionale Verwaltung vergleichsweise autonom. In anderen Bereichen, wo die EU starke Kompetenzen hat - wie in der Wettbewerbspolitik - sind nationale Verwaltungen stark auch von der europäischen Ebene und durch die Kooperation mit anderen nationalen Verwaltungen geprägt.

Das liegt daran, dass die Europäische Union - entgegen herkömmlicher Vorstellung - auf einem winzigen Verwaltungsapparat aufbaut. Die Europäische Kommission selber ist nicht größer als die Stadtverwaltung einer mittelgroßen europäischen Stadt wie beispielsweise Amsterdam. Das führt dazu, dass die EU in der Umsetzung ihrer Gesetze unbedingt auf die Mitarbeit nationaler Verwaltungen angewiesen ist. Zudem sind nationale Verwaltungen auch zu einem hohen Grad in die Entwicklung und Verhandlung neuer europäischer Gesetze mit einbezogen. Die gegenseitige Durchdringung von europäischer und nationaler Verwaltung ist so hoch, dass mein Kollege Wolfgang Wessels von der Universität Köln von einer Fusion der europäischen und nationalen Verwaltung spricht.

Europathemen: *Wie werden Sie die EU in Harvard erklären - als eine Nachkriegsordnung, die ihren Zenit überschritten hat oder als zukunftsfähiges Modell?*

Kleine: Als Zukunftsmodell, das sich allerdings reformieren muss. Es gibt auch gute Gründe zu glauben, dass die EU weiter für Europa, aber auch für andere Teile der Welt, ein Modell sein wird. Die

Institutionen der Europäischen Union haben die wirtschaftliche und politische Integration in Europa stabilisiert und tun es auch immer noch. Wir sehen seit ungefähr einem Jahrzehnt einen ganz starken Trend hin zur wirtschaftlichen Regionalisierung. Das geschieht etwa durch die Schaffung so genannter präferentieller Handelsabkommen. Viele dieser Regionen nehmen die Europäische Union und insbesondere das europäische Rechtssystem als Vorbild, um diesen Prozess weiter zu untermauern.

Die EU hat in der Vergangenheit so gut funktioniert, da sie schrittweise ein hohes Maß an wirtschaftlicher Integration geschaffen und dabei die diversen sozialen Sicherungssysteme ihrer Mitgliedstaaten weitgehend unberührt gelassen hat. Auch darin besitzt die EU Modellcharakter. Viele der neuen Märkte wie Brasilien, Indien und China müssen sich in Zukunft - oder tun es bereits - explosiven Verteilungskonflikten stellen. An Europa kann man sich abgucken, wie man wirtschaftliche Integration und soziale Gerechtigkeit demokratisch miteinander verbinden kann.

Aber eben darin liegt auch der Reformbedarf der EU, wenn sie Zukunftsmodell bleiben will. Eine Koordinierung nationaler Finanzpolitiken scheint zwar gerade unumgänglich. Aber eine Fiskalunion birgt letztlich doch die Gefahr in sich, dass zumindest für eine gewisse Zeit Parlamente und auch Gewerkschaften auf nationaler Ebene in ihrem Handeln eingeschränkt werden, ohne eine effektive Entsprechung auf europäischer Ebene zu finden. Also muss die EU in Zukunft versuchen, diese Koordinierung der Finanzpolitiken zu erreichen und trotzdem noch den Mitgliedstaaten eine ausreichende Flexibilität in deren Ausgestaltung zu erhalten. Das wird allerdings einer Quadratur des Kreises gleichkommen.

Impressum

dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstr. 169/170

10117 Berlin

Tel.: +49/(0)30/4081-40

Fax: +49/(0)30/4081-4999

ViSdP Christian Moos, Thomas Bemann

Für die Inhalte der in den dbb europathemen gelinkten Internetseiten übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Kontakt:

Lob & Kritik

An- & Abmeldung von Europathemen

Internet: <http://www.dbb.de>